



Stichtag: **7. APRIL 1983**

Die Bezirksversammlung Altona erklärt auf Antrag der SPD den Stadtteil zur atomwaffenfreien Zone. Von Anwohnern in ihrer Nachbarschaft aufgestellte Straßenschilder verdeutlichen die lokale Dimension der internationalen friedenspolitischen Debatte.

Als die Entrüstung begann. **Bürgerprotest, atomwaffenfreie Zonen und große Politik in Hamburg in den 1980er Jahren**

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 15 Minuten traten die Abgeordneten der Bezirksversammlung Altona gegen 20.55 Uhr wieder zusammen. Der letzte Punkt der Tagesordnung, den die Bezirksvertreter in der Aula der Schule Gaußstraße zu beraten hatten, sollte noch weitere drei Stunden in Anspruch nehmen. Nach der Diskussion stellte der Abgeordnete Hans-Peter Strenge einen geänderten Antrag der SPD-Fraktion vor, und die Abstimmung begann. An diesem Donnerstagabend, den 7. April 1983, votierte die Bezirksversammlung gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und mit einer Enthaltung für den SPD-Antrag und erklärte damit Altona zur atomwaffenfreien Zone (AWZ).¹

Auf den ersten Blick stand die an diesem Abend lange und kontrovers geführte Diskussion kaum im Verhältnis zu dem, was die Erklärung bewirkte, denn faktisch würde sich in Altona nichts ändern. Jedoch war die Ausrufung atomwaffenfreier Zonen zu Beginn der 1980er Jahre eine weitverbreitete Protestart, die zugleich heftig umstritten und deshalb umso populärer war. AWZ-Ausrufungen galten als effektive demokratische Widerstandsform, an der sich auch parlamentarisch verfasste Institutionen beteiligen konnten. Ihre Gegner sahen in atomwaffenfreien Zonen

1 Protokoll der Bezirksversammlung Altona am 7.4.1983, Anhang zu Punkt 3 der Tagesordnung: Anträge der SPD-Fraktion und der GAL-Fraktion. – Ich danke Sebastian Rohr für die Unterstützung bei der Recherche zu dem vorliegenden Aufsatz.

hingegen wirkungslose oder gar rechtswidrige Anmaßungen. Das *Hamburger Abendblatt* widmete dem Beschluss von Altona nur eine kurze Notiz und konstatierte leicht entnervt, nun säßen zwar 241.000 Menschen in einer atomwaffenfreien Zone, aber »nichts hat sich verändert. Nichts an der Baustelle Elbchaussee, nichts bei der Suche nach einem Stellplatz.«² In der Tat würde wohl die beschlossene Verbannung atomarer Waffen an den akuten Verkehrsproblemen wenig ändern, gleichwohl markierte der Beschluss der Altonaer Bezirksversammlung eine längerfristige Veränderung im kommunalen Selbstbewusstsein.

Im Januar 1983 hatten die Fraktionen von SPD und GAL in der Eimsbütteler Bezirksversammlung durch einen gemeinsamen Antrag den ersten atomwaffenfreien Bezirk der Stadt Hamburg beschlossen. Als die GAL im Monat darauf in Altona ebenfalls gemeinsam mit der SPD einen Antrag einbringen wollte, zögerten die Sozialdemokraten zunächst. Schon seit Längerem befand sich die gesamte SPD in einer friedenspolitischen Zerreißprobe, gab es doch in der Partei strikte Befürworter genauso wie Zweifler und Gegner der westdeutschen Atomwaffenpolitik. Schon zur Zeit der sozialdemokratischen Kanzlerschaft hatten sich Teile der Basis in dieser Frage von der offiziellen Linie entfernt. Helmut Schmidt hatte sich zwar 25 Jahre zuvor im Bundestag für ein atomwaffenfreies Europa eingesetzt, aber spottete nach dem Beschluss in Eimsbüttel: »Da müssen die Eimsbütteler dem Marschall Ustinow erst einmal einen Stadtplan von Hamburg schicken, damit er weiß, wo Eimsbüttel aufhört und wo Harvestehude beginnt.«³

Erst auf der Grundlage des Votums ihrer Kreisdelegiertenversammlung im März 1983 stimmte die SPD-Altona schließlich einem Antrag mit der GAL zu. Nachdem während der Sitzung am 7. April über Anfragen des Sportausschusses oder die »Beobachtung öffentlicher Wegeflächen durch Überwachungsanlagen« debattiert worden war, widmeten sich die Vertreter aller Parteien der Frage, warum Altona zur AWZ erklärt werden solle. Über die stadtpolitischen Erwägungen hinaus reflektierten sie mit der Diskussion eines der grundsätzlichen Probleme im Ost-West-Konflikt der 1980er Jahre. Denn mit Verabschiedung des Antrages wurde am Ende nicht nur das Gebiet von Altona zur atomwaffenfreien Zone erklärt, sondern die Bezirksversammlung forderte darüber hinaus ein atomwaffenfreies Europa und stellte fest, »keinerlei Maßnahmen [zu] unterstützen, die der Produktion, Stationierung, Lagerung oder dem Transport atomarer, biologischer oder chemischer Waffen dienen«. Auch wenn zuvor alle Bezirksvertreter betont hatten, das Anliegen grundsätzlich gutzuheißen und »für den Frieden zu sein«, womit sie der normativen Grundausstattung jeder Partei Ausdruck verliehen, stritt man in der Altonaer Bezirksversammlung über einen heiklen strategischen Punkt: Waren einseitig beschlossene atomare

2 Nach Eimsbüttel auch Altona: »Atomwaffenfreie Zone«, in: *Hamburger Abendblatt* (HA), 8.4.1983, S. 7.

3 »Kleingärten des Friedens«, in: *DIE ZEIT* Nr. 16 (15.4.1983).

Entmilitarisierungen friedenspolitisch konstruktiv oder eine naive Unterschätzung der Sowjetunion?

Die Meinungen, welcher der beiden Supermächte zu vertrauen sei und wer in eine friedenspolitische Vorleistung zu treten habe, gingen zu Beginn der 1980er Jahre weit auseinander. Amerika- oder Sowjet-kritische Positionen waren hierbei nicht schematisch verteilt. Als etwa Wolf Biermann auf dem Hamburger Friedensfest im Spätsommer 1983 bekannte, er sei für einseitige Abrüstung, obwohl er nicht an die »fromme Lüge von den friedliebenden USA oder der friedliebenden Sowjetunion glaube«, dürften die zahlreichen DKP-Anhänger im Publikum schon die Stirn gerunzelt haben.⁴ Als Biermann nachsetzte, die Sowjetunion sei wohl genauso friedliebend wie sozialistisch, gab es Buhrufe, aber auch Beifall. Einige Monate zuvor wiederum war der SPD-Schulsenator Joist Grolle bei der Abschlusskundgebung der Hamburger Ostermarschierer mit »USA-feindlichen Eskapaden« aufgefallen, als er die NATO aufforderte, »das Wettrüsten zu verlieren, damit wir den Frieden gewinnen«.⁵ Nicht nur die deutsche Friedensbewegung, sondern auch die Politik tat sich schwer im Umgang mit den Supermächten.

Während der Altonaer Debatte am 7. April 1983 bekräftigte der CDU-Abgeordnete Müller noch einmal die offizielle deutsche Sicherheitsdoktrin, nach der »Abschreckungspolitik Kriegsverhinderungspolitik« sei, hingegen »atomwaffenfreie Zonen, insbesondere wenn sie einseitig eingerichtet werden sollen, [...] die Fähigkeit zur Abschreckung« schwächten.⁶ Neben dieser naheliegenden Interpretation wies er zudem auf einen Umstand hin, der auch links von der CDU für Irritationen sorgte. Es sei schon »mehr als merkwürdig, dass die [Aufstellung] amerikanischer Waffensysteme mit allen Mitteln politisch bekämpft wird, während die bereits existierenden sowjetischen Mittelstreckenwaffen mit ihren weit über 1.000 Nuklearsprengköpfen gelassen hingenommen werden.« An der Frage, welche Forderungen an die USA und zugleich an die UdSSR oder nur an eine der beiden Supermächte zu richten seien, arbeiteten sich in der Tat weite Teile der Friedensbewegung und der Parteien ab.

ZWISCHEN DEN FRONTEN

Die SPD konnte diese Frage zu diesem Zeitpunkt nicht eindeutig beantworten. Wohl auch vor diesem Hintergrund berief sich Karsten Voigt, sicherheitspolitischer Experte der SPD, während der Altonaer Diskussion gleichermaßen auf die eigene Parteitradition wie auf rechtliche Normen und die europäische Dimension, um den

4 Sitzen und singen für den Frieden, in: *DIE ZEIT* Nr. 37 (9.9.1983).

5 Zitiert nach: »Perschau: Grolle kaum mehr tragbar«, in: *HA*, 8.4.1983, S. 4.

6 Protokoll der Bezirksversammlung Altona am 7.4.1983.

SPD-Antrag zu rechtfertigen. So habe schon der SPD-Bürgermeister Max Brauer 1957 die Demonstration »Kampf dem Atomtod« unterstützt und dazu aufgerufen, aus Menschen- und Staatsbürgerpflicht »gegen den Wahnsinn des Atomwetterüstens« einzutreten. Während dieser ersten bundesweiten Anti-Atom-Protestwelle war es zu einer breiten Mobilisierung gegen die Adenauer-Politik zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr gekommen. Die »Kampf dem Atomtod«-Bewegung wurde prominent unterstützt; in Meinungsumfragen sprachen sich vier Fünftel der deutschen Bevölkerung gegen eine atomare Bewaffnung aus.⁷ Zu den treibenden Kräften der Bewegung hatte die Hamburger SPD mit Max Brauer und Helmut Schmidt an der Spitze gehört, die sich auch gegen die Bonner CDU-Politik abgrenzen wollten. Nicht nur diese Konstellation unterschied den damaligen Protest von der Situation Anfang der 1980er Jahre, sondern auch die Tatsache, dass Ende der 1950er Jahre alle Parteien unterschieden zwischen einer friedlichen, positiv konnotierten Nutzung der Atomenergie und einem militärischen und deshalb bedrohlichen atomaren Einsatz. Die »Kampf dem Atomtod«-Bewegung konnte zwar breite Unterstützung in der Bevölkerung mobilisieren, aber schon nach wenigen Monaten zogen sich die politischen Unterstützer aus SPD oder DGB von der Kampagne zurück. Anfang der 1980er Jahre ließ sich eine umgekehrte Bewegung in der SPD beobachten, als ihre Mitglieder im Verlauf der Nachrüstungsdiskussion zunehmend und offen mit der Friedensbewegung sympathisierten.

Nach der Entscheidung in Altona folgte schließlich im Juni 1983 Hamburg-Nord als dritter atomwaffenfreier Bezirk in Hamburg, wengleich der Beschluss, anders als in Eimsbüttel und Altona, keine Empfehlung an die Bürgerschaft vorsah, auch das gesamte Stadtgebiet Hamburg für atomwaffenfrei zu erklären. Ob mit oder ohne Empfehlung: Keine der in den Bezirksversammlungen verabschiedeten Erklärungen hatte eine Auswirkung auf die militärische Verfügungsgewalt des Bundes. Die CDU stufte die Beschlüsse gar als rechtswidrig ein, und der Bundestagsabgeordnete Dirk Fischer wies in einem Leserbrief an das *Hamburger Abendblatt* darauf hin, ganz Hamburg könne vor wie nach den Beschlüssen innerhalb von wenigen Minuten von sowjetischen SS-20-Raketen getroffen werden. Er warf SPD und GAL ein »durchsichtiges Manöver« vor und verwies auf die »sowjetischen Machthaber«, die es allein »in der Hand [haben], dass Hamburg-Nord auch weiterhin atomwaffenfrei bleibt«.⁸

7 Axel Schildt, »Atomzeitalter« – Gründe und Hintergründe der Proteste gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr Ende der fünfziger Jahre, in: »Kampf dem Atomtod!«. Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/Carl-Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, München/Hamburg 2009, S. 39-56, hier S. 44.

8 Dirk Fischer, Ganz Hamburg ist atomwaffenfrei, in: *HA*, 7.7.1983, S. 14.

Trotz der durchaus nachvollziehbaren Kritik kann die politische Bedeutung der Beschlüsse zur atomwaffenfreien Zone kaum unterschätzt werden. Zum einen standen sie wie erwähnt in einer Tradition des zivilgesellschaftlichen Protests gegen die atomare Aufrüstung und waren zum anderen 1983 Ausdruck einer dynamischen Entwicklung der politischen Öffentlichkeit und der föderalen Strukturen angesichts einer neuerlichen Steigerung im atomaren Wettrüsten zwischen Ost und West. Nach dem NATO-Doppelbeschluss von 1979 erlebte die »alte« Bundesrepublik eine ihrer spannendsten friedenspolitischen Phasen,⁹ denn die Verschärfung der NATO-Militärstrategie angesichts der von der Sowjetunion vorgenommenen Modernisierung ihrer Mittelstreckenwaffen wurde auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene kontrovers diskutiert. Da die zu stationierenden Mittelstreckenraketen die Reichweiten und somit Vorwarnzeiten eines Atomschlages erheblich verkürzten, galt in der Konsequenz Deutschland mehr denn je als mögliches Hauptgefechtsfeld einer atomaren Auseinandersetzung. Ende 1983 sollte der Bundestag darüber abstimmen, ob atomare Mittelstreckenwaffen der NATO stationiert werden dürften, und bis zur Abstimmung ging es der aus zahlreichen lokalen, regionalen und unterschiedlich gewichteten Initiativen, Verbänden und Gewerkschaften bestehenden Friedensbewegung ebenso wie den politischen Parteien darum, die Mehrheitsverhältnisse zu beeinflussen.

Die Meinungen trafen in Deutschland umso heftiger aufeinander, weil die Nachrüstungsfrage kaum ohne »Deutsche Frage« diskutiert werden konnte. Wer sich in Westdeutschland für den Frieden engagierte, konnte dies kaum ohne politische Stellungnahme, denn es gehörte zur offiziellen Friedenspolitik der DDR, ein atomwaffenfreies Europa und somit neutrales gesamtdeutsches Gebiet zu fordern. Sicherheitspolitische Entscheidungen der Bundesrepublik wirkten sich dementsprechend auch auf die deutsch-deutschen Annäherungen und Distanzierungen aus, und vor allem in der SPD führten die Zielsetzungen Frieden und »Deutsche Frage« zu einer Gratwanderung. Da die ostdeutsche Friedensbewegung, meist in das schützende Spektrum der Kirche eingebunden, ein globales »Frieden schaffen ohne Waffen« forderte¹⁰ und die westdeutschen Friedensinitiativen meist lokale Bedrohungen in Form von Stationierungen zum Anlass nahmen, um gegen das Wettrüsten zu protestieren,

9 Die Sowjetunion hatte 1977 begonnen, atomare Marschflugkörper auf weißrussischem und ukrainischem Gebiet zu stationieren, womit die westeuropäischen NATO-Staaten ins Visier genommen waren. Der NATO-Doppelbeschluss im Dezember 1979 legte fest, ebenfalls bodengestützte Marschflugkörper in Europa und Pershing-II-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stationieren, falls Verhandlungen mit der UdSSR über einen Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen scheiterten. Mithin wurde in der deutschen Diskussion übersehen, dass der Strategiewechsel kein US-amerikanischer Alleingang gewesen war, sondern unter anderem auf westdeutsche Sicherheitsbedenken zurückging.

10 Christof Geisel, *Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den achtziger Jahren*, Berlin 2005; Detlef Pollack, *Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR*, Opladen 2000.

geriet in der Regel die amerikanische Seite im Ost-West-Konflikt deutlicher in die Kritik als die sowjetische. Kommunistische Kader in der westdeutschen Friedensbewegung versuchten, die antiamerikanische Tendenz zu nutzen:¹¹ Sie waren etwa überproportional am »Krefelder Appell« von 1981 beteiligt und beeinflussten das öffentliche Bild der DDR, die entweder idealisiert oder als weißer Fleck behandelt wurde. Jenseits solcher Instrumentalisierungen waren aber Geheimdienste der DDR oder der Sowjetunion von einer Einflussnahme weit entfernt.¹² Zu kleinteilig, lokal initiiert, dynamisch und eigenwillig gestaltete sich die gesamte Bewegung.

INTERNATIONALE POLITIK UND HAMBURGER VERHÄLTNISSE

So wie seit Ende der 1970er Jahre zunehmend Friedens- und Umweltthemen in allen landespolitischen Diskussionen eine Rolle spielten, verflochten sich auch in Hamburg die Positionen zur atomaren Energiepolitik mit denen zur Atomwaffenpolitik. Die Wahl von 1978 bedeutete einen Fingerzeig für die kommenden Jahre, denn die umweltpolitischen Diskussionen standen nun endgültig auf der Agenda. Zudem hatten sich die Stimmenanteile vor allem jüngerer Wähler deutlich zu den nun auch parlamentarisch organisierten Umweltlisten verschoben.¹³ Unter anderem waren in Eimsbüttel erstmals auch zwei Vertreterinnen der BUNTEN LISTE in die Bezirksversammlung eingezogen.¹⁴ Obwohl SPD-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose die absolute Mehrheit gewonnen hatte, legte er, nach heftigen Auseinandersetzungen in Fragen der Atomenergie und um das Kernkraftwerk Brokdorf, im Mai 1981 sein Amt nieder. Sein Rücktritt war eines von vielen Zeichen, wie unterschiedlich die SPD in der Atompolitik positioniert war. Klose gehörte dann auch zu den prominenten Parteimitgliedern der Bundes-SPD, die die Friedensbewegung auf der bis dahin größten Friedensdemonstration Deutschlands im Bonner Hofgarten unterstützten.

Innerhalb Hamburgs hatte sich vor allem die SPD im Bezirk Nord frühzeitig gegen den NATO-Doppelbeschluss engagiert. Der Distrikt Barmbek-Nord forderte die Kreisdelegiertenversammlung schon im März 1981 auf, einen Antrag an den Landesparteitag weiterzuleiten, damit dieser die Bundesregierung zu Verhandlungen mit der UdSSR über Abrüstungspläne auffordere. Unmissverständlich stellte der Antrag fest: »Zwischen einem Präsidenten Reagan und Sozialdemokraten kann es

11 Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hrsg.), *Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluß des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte*, München 2002.

12 Holger Nehring/Benjamin Ziemann, *Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011), S. 81-100.

13 *Frankfurter Rundschau*, 6.6.1978.

14 Vgl. den Beitrag von Joachim Szodrzynski in diesem Band.

keine politische Gemeinsamkeit geben!«¹⁵ Der Distrikt Eppendorf schob kurze Zeit später einen Antrag nach, der den SPD-Abgeordneten des Wahlkreises Hamburg-Nord Hans Apel in seiner Funktion als Verteidigungsminister dazu aufforderte, »alles in seiner Macht stehende zu unternehmen [...] auf sofortige Verhandlungen mit der Sowjetunion hinzuwirken«. ¹⁶ Beide Anträge wurden jedoch mehrmals vertagt und schließlich im Dezember 1981 zurückgezogen. Solche Auseinandersetzungen auf Distrikt- und Kommunalebene hielten die SPD von nun an in Atem.

Ebenfalls 1981 hatte sich in Hamburg unter dem Motto »Der Atomtod bedroht uns alle – Keine neuen Atomraketen in die Bundesrepublik Deutschland« das Hamburger Forum gegründet. Seine Hauptleistung lag zunächst darin, die unterschiedlichen Initiativen, Organisationsvertreter und Aktivisten zu sammeln und zu vernetzen. Am Friedensfest im August nahmen schon 10.000 Menschen teil, ein Sternmarsch vier Monate später zählte 50.000 Teilnehmer.¹⁷ Bemerkenswert waren die Aufrufe unterschiedlicher Berufs- und Gesellschaftsgruppen wie die »Eisenbahner für den Frieden«, »Hamburger Frauen rufen auf!«, »Beschäftigte im Gesundheitswesen gegen Atomrüstung«. Die IG Druck und Papier sandte eine Grußnote, GEW, ÖTV, HBV und IG Metall riefen zum Protest am 1. September, dem Anti-Kriegs-Tag, auf.¹⁸ Die Aufklärungsarbeit und Protestformen gingen über die medienwirksamen, aber organisatorisch aufwendigen Demonstrationen weit hinaus: Dia- und Videoabende mit Bildern aus der Sowjetunion, Hiroshima oder Nicaragua, Vorträge über die Notstandsgesetzgebung 1965–1968, Solidaritätsadressen für arretierte oder bestrafte Soldaten, die an Friedensdemonstrationen teilgenommen hatten, Friedensgottesdienste, Konzerte und Friedens-Work-Camps. Das gemeinsame Ziel, Atomraketen in Deutschland zu verhindern, wirkte in dieser Phase wie eine Klammer um die heterogene Friedensbewegung, in der von christlich Motivierten bis zu militanten Pazifisten so ziemlich alles vertreten war.

Unterstützung erhielt das Friedensbündnis auch von 22 sozialdemokratischen Abgeordneten. Das *Hamburger Abendblatt* wählte nun einen Teil der SPD-Bürgerschaftsfraktion »auf DKP-Kurs«, und die Bundesführung empfahl aus ähnlichen Gründen allen Mitgliedern, von Unterschriftenaktionen wie dem »Krefelder Appell« Abstand zu nehmen.¹⁹ Ihnen entgegneten die angesprochenen Parteimitglieder, wie etwa Hermann Scheunemann, Bürgerschaftsmitglied und Kreisvorsitzender Hamburg-Nord, man wolle sich die Gewissensfreiheit in dieser »außergewöhnlichen

15 Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Archiv (FZH) 3: SPD Hamburg-Nord, 834-554: SPD, Antrag Distrikt Barmbek-Nord, Drucksache Nr. 10 zur KDV am 27.3.1981.

16 FZH 3: SPD Hamburg-Nord, 834-554: SPD, Antrag Distrikt Eppendorf, Drucksache Nr. 3 zur KDV am 16.6.1981.

17 FZH, NL Jens Michelsen, A.5.: Wozu ein Atomwaffenfreies Hamburg?, o. D.

18 FZH, NL Jens Michelsen, A.5.: Der Atomtod bedroht uns alle! Keine neuen Atomraketen in die Bundesrepublik Deutschland, Dokumentation des Hamburger Forums.

19 22 Sozialdemokraten auf DKP-Kurs?, in: *HA*, 9.4.1981, S. 4.

Situation« in keiner Weise einschränken lassen. Die Replik richtete sich auch gegen Bundeskanzler Schmidt, der die offene Unterstützung der Friedensbewegung durch SPD-Prominente als eine »Kampfansage gegen die Bundesregierung«²⁰ verurteilt hatte.

Während die SPD interne Gegensätze ausfocht, erschien zur gleichen Zeit auf Landesebene ein neuer Akteur auf der parlamentarischen Bühne, die Grün-Alternative Liste (GAL). Kloßes Nachfolger im Amt des Bürgermeisters, Klaus von Dohnanyi (SPD), galt nicht unbedingt als Freund alternativer Politik. Jedoch war er nach der Bürgerschaftswahl im Juni 1982, als die SPD deutlich an Stimmen verloren hatte, gezwungen, sich mit den Abgeordneten und Inhalten der GAL auseinanderzusetzen.²¹ In allen Bezirken und in der Bürgerschaft waren der SPD bis zu 10 Prozent der Stimmen von 1978 verloren gegangen. Die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Walter Leisler Kiep legte nicht im gleichen Umfang zu, wohl auch, weil die GAL von allen etablierten Parteien Wählerstimmen für sich gewinnen konnte und auf 7,7 Prozent kam.

Der Zusammenschluss der Grün-Alternativen Liste hatte mit einem radikalen Anti-Atom-Programm geworben und Dohnanyi vorgeworfen, er würde die SPD »auf den Pro-Atom- und Sozialklaus-Kurs« einschwören.²² Nachdem die GAL zur drittstärksten Kraft in der Hamburger Bürgerschaft aufgestiegen, die FDP jedoch weiterhin nicht im Parlament vertreten war, hätten solche »Hamburger Verhältnisse« entweder zu einer Großen Koalition oder zur Tolerierung eines SPD-Senats durch die GAL führen können. Weder in die eine noch andere Richtung ließen sich ausreichend Gemeinsamkeiten finden, sodass für Ende 1982 Neuwahlen angesetzt wurden.

Das bundespolitische Thema NATO-Nachrüstung bildete einen der Schwerpunkte des Wahlkampfes, an dessen Ende – auch durch den »Schmidtleidseffekt« des mittlerweile gestürzten Bundeskanzlers – wieder eine absolute Mehrheit für die SPD herauskam. Während die Landespartei nun wieder gestärkt auftrat, reichte dieser Erfolg kaum aus, um den inneren Konflikt der Bundespartei zu entschärfen. Gleich zu Beginn des Wahl- und Entscheidungsjahres 1983 zeigte sich deren Janusköpfigkeit in Fragen der Nachrüstung. Während des Wahlparteitages in Dortmund setzte sich die Führung der Bundespartei einerseits für eine Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses ein, und andererseits kursierte eine vom Parteivorstand autorisierte Broschüre unter den Delegierten mit dem Titel »Anleitung zum politischen Arbeiten«. Unter anderem bot der Text Richtlinien für Gemeinden, sich

20 Friedensdemonstration spaltet die Parteien, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.10.1981.

21 Paul O. Vogel, *Kleine Geschichte Hamburgs von 1918 bis zur Gegenwart und zwei weitere Beiträge*, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 2000, S. 14.

22 Hamburger Grün-Alternative versprechen eine »radikale« Opposition, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.4.1982.

zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären.²³ Hans Apel kritisierte, damit würde die NATO-Sicherheitsdoktrin gezielt von unten ausgehöhlt. Nur wenige Tage nach dem Parteitag erklärte sich der Bezirk Eimsbüttel unter maßgeblicher Mitarbeit der SPD für atomwaffenfrei.

Nach dem Bundestagswahlsieg der CDU im März 1983 wandten sich die Bundestagsabgeordneten Klose und Peter Paterna sowie die Hamburger Senatoren Joist Grolle und Jörg Kuhbier gemeinsam mit 20 weiteren SPD-Abgeordneten der Bürgerschaft an Bundeskanzler Helmut Kohl. Sie baten ihn öffentlichkeitswirksam, ein atomwaffenfreies Hamburg zu unterstützen. Als jedoch im September 1983 die GAL-Fraktion tatsächlich einen AWZ-Antrag in die Bürgerschaft einbrachte, scheiterte dieser an der unzulänglichen Unterstützung durch die SPD. Die Friedensfraktion innerhalb der Partei hatte sich nicht durchsetzen können. Umso süffisanter klang der Kommentar des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Martin Willich, ein Beschluss zur atomwaffenfreien Zone sei genauso sinnlos wie eine öffentliche Erklärung, Hamburg sei schuldenfrei.²⁴ Die Hamburger Bürgerschaft konnte sich schließlich weder auf eine symbolpolitische AWZ-Ausrufung noch auf eine anderweitige gemeinsame friedenspolitische Aussage einigen.

Der misslungene Versuch, Hamburg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, verdeutlichte die Zerrissenheit der SPD. Zugleich zeichnete sich 1983 ein längerfristiger Wandel ab, denn mit dem Streit über die Nachrüstung ging auch eine grundsätzliche außen- und sicherheitspolitische Neuausrichtung der Partei einher. Der Streit fand im November 1983 auf dem »Raketenparteitag« in Köln seinen Höhepunkt.²⁵ Unter anderem brachten parteiinterne und -nahe Bündnisse wie die »Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit« (IFIAS), das Gustav-Heinemann-Institut, die Jusos oder die DGB-Jugend ihre Ideen für eine Reform der NATO-Strategie im Sinne einer Entspannungspolitik ein.²⁶ Nicht zuletzt gab die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen einen Leitfaden heraus, der Gemeinden eine wasserdichte juristische Begründung ihrer AWZ-Erklärung zur Verfügung stellen sollte. Längerfristig setzte sich in dieser Auseinandersetzung die Tendenz zur Friedenssicherung im Sinne einer »zweiten Phase der Ostpolitik« durch, wodurch sich die ideologischen Grenzziehungen abschwächten. Mit diesem Tendenzwechsel war die SPD auch auf dem Weg, die Zweistaatlichkeit zu akzeptieren.²⁷

23 Verwirrung über die Broschüre vom Vorstand, in: *HA*, 22.1.1983, S. 13.

24 Atomwaffenfreie Zone – abgeschmettert, in: *HA*, 8.9.1983, S. 10.

25 Alice Holmes Cooper, *Paradoxes of peace. German peace movements since 1945*, Ann Arbor 1996, S. 155.

26 Ebd., S. 159.

27 Vgl. das Dissertationsprojekt von Jan Hansen, M.A., an der Humboldt-Universität: *Konsens in der Krise. Eine Kulturgeschichte des Nachrüstungsstreits in der SPD (1977–1987)*, online: http://wg.geschichte.hu-berlin.de/site/lang_de/5638/default.aspx [30.12.2010].

AWZ: SYMBOLPOLITIK UND INTERESSENKONFLIKT

Weitet man den Blick von den Vorgängen innerhalb einer der deutschen Volksparteien auf die weltpolitischen Entwicklungen innerhalb des Ost-West-Konflikts, dann erscheint die Bewegung für atomwaffenfreie Zonen in Deutschland und Europa als eine kaum überraschende Folge der jahrzehntelangen Diskussion auf diplomatischer Ebene. Pläne für atomwaffenfreie Zonen oder ein atomwaffenfreies Europa kursierten schon seit den 1950er Jahren zwischen den Blöcken. Sie galten lange Zeit als Mittel zur Risikominimierung und wurden erst seit Beginn der 1980er Jahre von Diplomaten und Politikern – wohl auch durch die Arbeit der Friedensbewegung – als mögliche Konzepte einer notwendigen gemeinsamen Sicherheitspolitik betrachtet.

So hatten etwa Mitte der 1950er Jahre sowjetische wie US-amerikanische Diplomaten eine 800 bis 1.000 Kilometer breite kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa diskutiert,²⁸ die die SPD in ihrem Deutschlandplan als Mittel für eine »militärische Verdünnung bis hin zum Abzug aller fremden Truppen und Atomwaffen« einschätzte, während die CDU darin vor allem die Gefahr einer Spaltung des Westbündnisses sah.²⁹ In den 1960er Jahren folgten der Kekkonen-Plan aus Finnland oder der Ceaușescu-Plan für einen atomwaffenfreien Balkan, und immerhin wurden die Antarktis, der Weltraum und 1967 auch 22 lateinamerikanische Staaten definitiv für atomwaffenfrei erklärt. Ab 1980 tagte in Wien die »Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen« unter dem Vorsitz von Olof Palme, dessen gleichnamiger Bericht die europäische AWZ wieder auf die Tagesordnung setzte.³⁰ Dennoch beharrten die Befürworter der NATO-Strategie darauf, dass atomwaffenfreie Zonen ein höheres Risiko bargen als taktische atomare Mittelstreckenwaffen. Helmut Schmidt sowie der neue Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) verwiesen auf die sowjetische Überlegenheit im Bereich strategischer Nuklearwaffen, die aus sehr viel größeren Entfernungen Europa erreichen könnten. Wörners Vorgänger Apel gab zudem das altbekannte Argument zu bedenken, eine atomwaffenfreie Zone würde die Kriegsgefahr erhöhen, »weil konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes uns gegenüber als Druckmittel eingesetzt werden könnte«.³¹

28 Diskutiert wurden schließlich mehrere Versionen des Plans des polnischen Außenministers Rapacki. Peter Barth/Alfred Mechttersheimer/Ines Reich-Hilweg, *Europa – atomwaffenfrei*, München 1983, S. 60–65.

29 »Kleingärten des Friedens«, in: *DIE ZEIT* Nr. 16 (15.4.1983).

30 Der schwedische Ministerpräsident schlug eine Sicherheitspartnerschaft in Mitteleuropa auf der Basis eines atomwaffenfreien Korridors an der deutsch-deutschen Grenze vor. Palmes Abrüstungsplan von 1982 basierte auf dem Palme-Bericht von 1980. Barth/Mechttersheimer/Reich-Hilweg, *Europa – atomwaffenfrei*, S. 92–99.

31 Bundesverteidigungsminister Hans Apel in der *Quick* vom 4.2.1982, zitiert nach: Barth/Mechttersheimer/Reich-Hilweg, *Europa – atomwaffenfrei*, S. 142.

Parallel bemühten sich internationale Abrüstungsinitiativen wie die »Campaign for Nuclear Disarmament« (CND) oder Anfang der 1980er Jahre die europäische Kampagne »European Nuclear Disarmament« (END) mit dem rühmigen Historiker Edward P. Thompson an der Spitze, die diplomatischen Kreise zu beeinflussen.³² Innerhalb der europäisch orientierten Friedensarbeit erwiesen sich der niederländische Interkirchliche Friedensrat (Interkerkelijk Vredesberaad, IKV) oder die skandinavischen Gruppen »No to Nuclear Weapons« und »Women for Peace« als besonders aktiv. Die Vernetzung außerparlamentarischer Friedensanliegen mit Kommunalpolitik gelang eindrucksvoll in Großbritannien, denn britische Stadträte zeigten einen außerordentlichen Eigensinn gegenüber den sicherheitspolitischen Richtlinien ihrer Premierministerin Margaret Thatcher. Bis Ende 1982 erklärten sich 184 Städte und Kommunen, einschließlich Groß-London, zur lokalen atomwaffenfreien Zone.³³ Während der Altonaer Diskussion am 7. April griff Karsten Voigt die europäischen Vorbilder auf, um die Wirksamkeit kommunaler Initiativen mit zu unterstreichen. Großbritannien, die Niederlande oder Belgien zeigten, wie diese sich auch in Deutschland zu einem »Flächenteppich« entwickeln könnten. Dahinter stand der Gedanke, dass symbolische Politik in Form von atomwaffenfreien Zonen als massenhafter Ent-Rüstung im Kleinen schließlich auch die Politik beeinflussen könnte.

Die zu Beginn der 1980er Jahre weitverbreitete Protestform der AWZ-Erklärung war nicht nur eine Reaktion auf vergebliche diplomatische Bemühungen und sorgte nicht allein für parteiinternes Konfliktpotenzial. Darüber hinaus offenbarte sich in der Bandbreite der atomwaffenfreien Zonen der Trend zu einer Stadt- und Regionalpolitik auf Bürgerbasis. Denn wenn sich Kirchen, Universitäten, Schulen, *taz*-Redaktionen, Lehrlingswerkstätten bei Blohm + Voss und Straßenzüge zur atomwaffenfreien Zone erklärten, war dies nicht nur eine öffentlichkeitswirksame Methode zur »Relokalisierung« des Friedens,³⁴ sondern auch der Anspruch auf konkrete Mitbestimmung.

32 Barth/Mechtersheimer/Reich-Hilweg, Europa – atomwaffenfrei!, S. 100; Lawrence S. Wittner, About the Peace Movements and Their Relations. A Comparison of their development and impact in East and West, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 45 (2005), S. 373-406, hier S. 378; Benjamin Ziemann, A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009), S. 351-389. Vgl. u.a. die überarbeitete Fassung der Rede, gehalten auf einem internationalen Treffen von Unterstützern der »European Nuclear Disarmament«-Kampagne, zu dem die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner am 6. März 1981 nach Frankfurt eingeladen hat, in: Für ein atomwaffenfreies Europa, hrsg. von westdeutschen Unterstützern des Aufrufes der Russell-Friedens-Stiftung, Berlin o.J., S. 6-12.

33 Barth/Mechtersheimer/Reich-Hilweg, Europa – atomwaffenfrei!, S. 101.

34 Marianne Gronemeyer/Reimer Gronemeyer (Hrsg.), Frieden vor Ort. Ausbrechen – verantwortlich werden, Frankfurt am Main 1982, zitiert nach Barth/Mechtersheimer/Reich-Hilweg, Europa – atomwaffenfrei!, S. 104.

Die Welle an AWZ-Erklärungen mit ihrer rechtlichen, politischen und zwischenmenschlichen Auseinandersetzung war insofern auch eine Gegenbewegung zur scheinbar manifesten Expertokratie in staatlichen Sicherheitsfragen, denn vor allem in diesem Bereich hatte die staatliche Steuerungs politik seit den 1960er Jahren zunehmend die Gestaltung des Gemeinwesens vereinnahmt. Aus Sicht der Protestbewegung beharrte der Staat weiterhin auf seiner Planungshoheit, obwohl er strukturell wie inhaltlich nicht mehr fähig und legitimiert war, über die Köpfe der lokalen Bevölkerung hinweg zu entscheiden. Als Helmut Kohl zu Beginn seiner Amtszeit nicht nur eine neoliberale Marktöffnung, sondern auch mehr »Bürgertugenden« und »Selbstverantwortung« der Bevölkerung einforderte, mag er diese Form von Teilhabe und Kommunikation jedoch nicht im Sinn gehabt haben.³⁵

Da sich viele Initiativen und Beschlüsse in ihren Begründungen auf konkrete Planungen zur Errichtung von Abschussrampen oder Atomwaffentransporten bezogen, setzten sich Kommunen, Städte und Gemeinden anhand der AWZ-Anträge mit lokal spürbaren Folgen bundespolitischer Entscheidungen im Kontext des internationalen Kalten Krieges auseinander. Vor diesem Hintergrund stand jede atomwaffenfreie Zone auch im Mittelpunkt einer verfassungs- und staatsrechtlichen Auseinandersetzung. Befürworter wie Kritiker der AWZ bezogen sich hierbei auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1958. Das Urteil hatte die von der SPD initiierte »Volksbefragung über die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik« untersagt, da die Ausrüstung der Bundeswehr in den Kompetenzbereich der Bundesregierung falle. Jedoch sagte das Urteil von 1958 auch, dass Gemeinden »sich mit Angelegenheiten des örtlichen Wirkungskreises zu befassen« hätten, wodurch, anders als bei der Ausrüstung der Bundeswehr, die örtliche Stationierung und Durchfahrt von Atomwaffen inbegriffen schien.³⁶

Die CDU-regierten Bundesländer sahen in der um sich greifenden Ausrufung atomwaffenfreier Zonen einen »pazifistischen Flächenbrand«, bei dem sich Kommunen und Länder widerrechtlich gegen nationale Verteidigungspolitik stellten. Sie sprachen den Kommunen entweder jede Kompetenz ab, legten die Rechtswidrigkeit der Beschlüsse von vornherein fest oder ordneten, wie Bayern, die zwangsweise Aufhebung der Gemeinderatsbeschlüsse an. Verschiedene Verwaltungsgerichtsurteile stärkten jedoch die Kompetenz der Kommunen; unter anderem stellte das niedersächsische Oberverwaltungsgericht in Lüneburg im Juni 1983 fest, die Stadtverordnetenversammlung in Ahrensburg sei »nicht offensichtlich unzuständig« in der

35 Konrad H. Jarausch, Zwischen »Reformstau« und »Sozialabbau«. Anmerkungen zur Globalisierungsdebatte in Deutschland, 1973–2003, in: ders. (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 330–349, hier S. 337.

36 Barth/Mechtersheimer/Reich-Hilweg, *Europa – atomwaffenfrei!*, S. 126–138.

AWZ-Frage, da die Errichtung von Atomwaffenanlagen durchaus die Selbstverwaltungsrechte der Kommune berühre.³⁷

Über den Protest gegen unmittelbare physische Bedrohung hinaus ging es der AWZ-Bewegung auch um den Schutz der Bürgerrechte. Da das Gebiet der Bundesrepublik als Stationierungs- und Gefechtsfeld vorgesehen war, wurde von Landes- und Bundesregierung eine entsprechende Ausweitung der Zivilschutzrichtlinien geplant. Und ähnlich wie schon zu Zeiten der Notstandsgesetzgebung sollten hierfür Bürgerrechte eingeschränkt und darüber hinaus der Zivilschutz entsprechend der atomaren Bedrohung ausgeweitet werden.

Unter anderem bereitete das Gesundheitsministerium ein »Gesundheitssicherstellungsgesetz« vor, das eine Melde- und Dienstpflicht für Ärzte, in Krankenhäusern »Einsatzpläne« für den »Verteidigungsfall« und verpflichtende katastrophenmedizinische Fortbildung vorsah.³⁸ Gegen eine Fortbildungsveranstaltung »Ärztlicher Einsatz bei Katastrophen« der Hamburger Ärztekammer im November 1980 organisierten schließlich Hamburger Ärzte eine Protestveranstaltung im Foyer des Veranstaltungsortes CCH. Vor allem kritisierte die »Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie – Ärzte für das Leben« an dem bei der Fortbildung verbreiteten medizinisch-technologischen Optimismus, die Verharmlosung der Strahlenkrankheit infolge einer Atombombenexplosion.³⁹ Stattdessen gebe es nur einen Katastrophenschutz: »Sofortiger Stopp von Bau und Betrieb aller Atomkraftwerke und Verbot aller Atomwaffen«. In diesem Zusammenhang stritt man in Hamburg auch über die zahlreichen Bunkerbauten aus dem Zweiten Weltkrieg, die in die kommunale Zuständigkeit fielen und von denen nun ein Teil zu Zivilschutzräumen ausgebaut werden sollte. Die Diskussion um die Reaktivierung von Bunkern oder ihren Neubau wurde schon seit den 1950er Jahren geführt und hatte im Rahmen der Notstandsgesetzgebung und der Pläne zur Einrichtung eines Zivilschutzkorps einen Höhepunkt gefunden.⁴⁰ Als Anfang der 1980er Jahre konkrete Pläne in Hamburg kursierten, Lagerräume und Musikgruppen aus den Bunkern zugunsten des Zivilschutzes auszuquartieren, stand das »Bunkerproblem« wieder ganz oben auf der politischen Agenda.⁴¹ Die zahlenmäßig fragwürdige »Bunkerversorgung« – in Altona standen etwa 8.500 und in Eimsbüttel knapp 3.000 Plätze für die Einwohner zur Verfügung – wurde durch Zweifel an deren Schutz im Falle einer Atombombenexplosion ergänzt. Schließlich müssten sie Hitzestrahlung, Druckwelle, Kernstrahlung und radioaktiven Nieder-

37 Eins, zwei, drei, in: *DER SPIEGEL* Nr. 26 (27.6.1983), S. 48 f.

38 »Notfalls mit Ohrfeigen behandeln«, in: *DER SPIEGEL* Nr. 49 (1.12.1980), S. 242-249.

39 FZH, NL Jens Michelsen, A. 6. Friedensbewegung 1978–88: Flugblatt »Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie – Ärzte für das Leben«.

40 Bevölkerungsschutz im Notstand, in: *taz*, 8.9.1981.

41 U.a. »Wie sollen die alten Bunker genutzt werden?«, in: *Eimsbüttler Wochenblatt*, 20.4.1983.

schlag über einen kaum vorhersehbaren Zeitraum abhalten.⁴² Der Streit eskalierte im Frühjahr 1983, als die Kulturbehörde einen Ideenwettbewerb zur Bemalung der Hochbunker ins Leben rief, um die »urbane Identität Hamburgs« zu verbessern und »ästhetische Defizite« abzubauen. Mit Unterstützung verschiedener Friedensinitiativen verurteilte die GAL-Fraktion im Mai 1983 eine solche »Verharmlosung von Kriegsgefahr« und die Aufrechterhaltung einer »Illusion« von Sicherheit im Falle eines zukünftigen Krieges.⁴³

Die beiden Beispiele zeigen die vielschichtigen Reaktionen vor Ort. In diesem Zusammenhang bildeten die kommunalen Beschlüsse zur atomwaffenfreien Zone eine Möglichkeit, unterschiedliche Anliegen der Friedensinitiativen zu bündeln. In welchem Fall tatsächlich ein konkreter Anlass vorlag, damit Stadtparlamente und Gemeinden zuständig waren, blieb weiterhin heftig umstritten. Es hing meist von den örtlichen Friedensinitiativen und ihrer parteipolitischen Vernetzung ab, ob der Antrag einer AWZ Erfolg hatte. Im Oktober 1983 waren immerhin an die 60 Gemeinden von Bremen über Castrop-Rauxel bis Klein-Pampau und Rothenbuch für atomwaffenfrei erklärt. Insofern bedeuteten die Erklärungen der Bezirksversammlungen in Hamburg nicht nur einen symbolischen Akt, der sich gegen die Militär- und Verteidigungspolitik der Bundesregierung stellte, sondern brachte als »Ent-Rüstung auf kleinstem Raum« und »Kleingärten des Friedens«⁴⁴ auch handfeste Interessen der Kommunen und ihrer Bevölkerung gegenüber einer Einbeziehung in die Pläne für einen atomaren Kriegsfall zum Ausdruck. Die enge Verknüpfung von materieller und symbolischer Politik war schon dann erreicht, wenn die jeweiligen Parlamente über den Tagesordnungspunkt »Atomwaffenfreie Zone« diskutieren mussten. So etwa, wenn der Bezirk Hamburg-Mitte im Juni 1983 zwar eine konkrete Deklaration des Gebietes zwischen St. Pauli und Mümmelmannsberg ablehnte, aber immerhin mehrheitlich für ein atomwaffenfreies Europa stimmte.

Bundesweit bemühten sich zahlreiche Initiativen und Bündnisse, eben diese Diskussion weiterzutreiben, um am Ende die Zustimmung der Bundesregierung zur NATO-Nachrüstung verhindern zu können. Unter dem Slogan »Schafft eine, zwei, drei, viele atomwaffenfreie Zonen!« verbreiteten sich in kurzer Zeit Tipps und eine »Handreichung für Friedensgruppen und Friedensstreiter«, aber auch die nüchterne Botschaft: Auch wenn es gelänge, »fast flächendeckend Gemeinden und Städte zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären, so wäre damit die Bundesrepublik

42 Ein Beispiel für die Aufklärungsarbeit die Broschüre »Zivilschutz: Die Überlebenden werden die Toten beneiden«, hrsg. vom Erdkunde-Leistungskurs des 2. Oberstufensemesters im Jahre 1982, in: FZH, NL Jens Michelsen, A. 6.

43 Malte Thießen, »Schandfleck«, Schutzraum oder Mahnmal? Zur »Nachgeschichte« Hamburger Bunker seit 1945, online: http://www.unter-hamburg.de/nachnutzung_hamburger_bun.405.o.html [11.1.2010]. Vgl. auch Rainer B. Jogschies, Wo, bitte, geht 's zu meinem Bunker? Von einem, der auszog, sich vor dem Atomtod zu schützen, Hamburg 1985.

44 Innere Dynamik, in: *DER SPIEGEL* Nr. 8 (21.2.1983), S. 73-75.

Deutschland noch kein atomwaffenfreier Staat«. Aber es wäre damit eine Basis geschaffen, um langfristig »die politischen Mehrheitsverhältnisse zugunsten von Abrüstungsschritten zu ändern«. Das Ziel war die Durchsetzung einer »Volksabstimmung mit Gesetzeskraft«. ⁴⁵ Bei aller symbolpolitischen Kraft, die AWZ-Erklärungen zugeschrieben werden konnte, blieb jedoch auch Sympathisanten nicht verborgen, dass das »nahraumorientierte politische Handeln« zwar lokal befriedigte, aber kaum effektiv auf politische Entscheidungen oder Machtverhältnisse wirkte. ⁴⁶ Satirische Adaptionen blieben deshalb kaum aus, wie etwa in einer »Presse-Erklärung«, die der Kommunistische Bund schon im Dezember 1981 herausgab:

»Ab 1. Januar 1982 ist unsere Wohnung Hamburg-Altona, Im Dickicht 7, atomwaffenfrei. Das heißt: Wir werden in unserer Wohnung weder taktische, noch strategische noch Mittelstrecken-Waffen mit atomaren Sprengköpfen stationieren oder durch Dritte stationieren lassen. An die Vereinten Nationen (UN) haben wir Antrag gestellt, ab 1.1.82 als atomwaffenfreie Wohnung anerkannt zu werden. Gegen eine jährliche Inspektion unserer Wohnung durch die zuständigen UN-Gremien haben wir keine Einwände. Selbstverständlich richtet sich unser Beschluß nicht einseitig gegen die NATO; auch die Stationierung von SS20 in unserer Wohnung wird von uns glaubwürdig abgelehnt. [...] Wir wollen aber diejenigen nicht ausgrenzen, die zu einem derart weitreichenden Schritt heute noch nicht bereit oder nicht in der Lage sind. Jeder kann auch im Kleinen bei sich selbst anfangen, beispielweise mit einer atomwaffenfreien Küche oder mit einer atomwaffenfreien Ecke im Arbeitszimmer.« ⁴⁷

Das Jahr 1983 endete für die Friedensbewegung mit einer politischen Niederlage, denn der Bundestagsbeschluss vom November billigte endgültig die Stationierung der NATO-Waffen. Aber die Friedensinitiativen und kommunalen Diskussionen hatten die öffentliche Kommunikation verändert und die Protestkultur beeinflusst. Das Hamburger Beispiel macht zudem die Kraft des föderalen Systems deutlich, in dem sich auch Länder, Kommunen und Bezirke mit Weltpolitik befassen können und daraus ihre vor Ort vielfach diskutierten und deshalb wirksamen Beschlüsse ableiten. Wenn auch nur symbolisch, ist Altona bis heute eine atomwaffenfreie Zone.

45 FZH, NL Jens Michelsen, A.5: Gruppe Friedens-Manifest 82: Schafft eine, zwei, drei, viele atomwaffenfreie Zonen!, Sensbachtal 1982.

46 Susanne Schregel, *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985*, Frankfurt am Main 2011, S. 311.

47 »Presse-Erklärung: Schafft zwei, drei, viele atomwaffenfreie Wohnungen!«, in: *Arbeiterkampf*, H. 215 (21.12.1981), S. 16, zitiert nach: Schregel, *Atomkrieg*, S. 313–314.

19 Tage Hamburg

Ereignisse und
Entwicklungen
der Stadtgeschichte
seit den fünfziger
Jahren

HRSG. VON DER FORSCHUNGSSTELLE FÜR ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG

DÖLLING UND GALITZ VERLAG

Redaktion: Christoph Strupp

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Impressum

© 2012 Dölling und Galitz Verlag GmbH München · Hamburg

E-Mail: dugverlag@mac.com

www.dugverlag.de

Schwanthalerstraße 79, 80336 München, Tel. 089/23 23 09 66

Friedensallee 26, 22765 Hamburg, Tel. 040/389 35 15

Umschlagabbildung: Die Einweihung der

Köhlbrandbrücke am 20. September 1974

(© Staatsarchiv Hamburg, Conti Press, 720-1 CP = 81080)

Gestaltung: Gesine Krüger, Hamburg

Satz: Frauke Moritz, Ahrensburg

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-86218-035-6

1. Auflage 2012